

Ressort: Technik

Verbraucherschützer fordern von Regierung mehr Schutz im Internet

Berlin, 15.03.2018, 12:04 Uhr

GDN - In Sachen Verbraucherschutz hat die neue Bundesregierung aus Sicht des Verbraucherzentrale Bundesverbands (VZBV) noch einiges zu tun. "Zumindest ist Deutschland beim Verbraucherschutz nicht der Musterknabe, für den er in anderen Bereichen gehalten wird", sagte Verbandschef Klaus Müller den Online-Medien der Funke-Mediengruppe.

So müsse etwa das Schutzniveau im Internet höher werden. "Wir weisen die Politik darauf hin, dass viele Verbraucher gerade im Internet verletzlicher sind als in anderen Bereichen ihres Lebens", sagte Müller. Das Schutzniveau müsse hier höher sein. "Das ist auf jeden Fall ein Thema für die neue Regierung." Ein weiteres Thema seien Sammelklagen, die es in vielen europäischen Ländern bereits gäbe - nicht aber in Deutschland. "Für uns steht die Musterfeststellungsklage ganz oben auf der Prioritätenliste", sagte Müller. "Die Musterfeststellungsklage würde uns Verbraucherzentralen und den Bundesverband sowie andere anerkannte Verbraucherverbände in die Lage versetzen, stellvertretend für viele Verbraucher Klagen einzureichen." Union und SPD haben in ihren Koalitionsverhandlungen beschlossen, dass Verbraucher in Deutschland künftig kollektiv klagen können. Laut Koalitionsvertrag soll es bis zum 1. November ein entsprechendes Gesetz geben. Die Politik müsse aus Sicht des VZBV dafür sorgen, dass das Verbraucherleben einfacher wird. "Es geht darum, dass Menschen Rechte haben und auch zu ihrem Recht kommen", so Müller. Das sei in Deutschland ausgesprochen kompliziert, "auch im Vergleich mit anderen Ländern". So wünschten sich die Verbraucherzentralen etwa eine bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln. "Auch da würden wir uns eine einfachere Lösung wünschen", so der VZBV-Chef. "In Deutschland brauchen sie beim Einkaufen schon fast eine Lupe und ein Mathematik-Studium, um alle Informationen zu verstehen und einordnen zu können."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-103365/verbraucherschuetzer-fordern-von-regierung-mehr-schutz-im-internet.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619